

Zehn Gründe für eine „Kritische Gewerkschaftliche Akademie“

Martin Kempe, geb. 1943 in Bad Salzungen, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie in Berlin, langjähriger Redakteur für Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik bei der taz, ist freier Journalist und derzeit verantwortlich für ein Projekt über die Notwendigkeit einer „Kritischen Gewerkschaftlichen Akademie“.

Geschichte ist ein offener Prozeß, ein ewiger Wandel der Verhältnisse, die die Menschen untereinander eingehen, mit wechselnden Phasen der Verstärkung oder Beschleunigung, der Sicherheit und der tiefen Verunsicherung. Wir sind gegenwärtig Zeugen einer extremen Beschleunigung der globalen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die für die Menschen und die politisch Handelnden sehr viel mehr Fragen aufwerfen als Antworten bereitstellen. Wir leben in einer Zeit tiefgreifender Verunsicherungen und gesteigerter Orientierungsbedürfnisse über alle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der globalen Bedrohungen und der unvorhergesehenen Chancen für die Befreiung der Menschen von politischer Unterdrückung und sozialer Not.

Es ist kein Zufall, daß die Idee einer „kritischen gewerkschaftlichen Akademie“ gerade in dieser Zeit ihre bisher konkreteste Ausformulierung gefunden hat: sie stellt den Versuch dar, den brennenden Fragen der Zeit auf spezifische Weise, nämlich verbunden mit den emanzipatorischen Anliegen der Gewerkschaftsbewegung, einen politischen und sozialen Raum zu geben - einen Raum, den es derzeit zumindest in der Bundesrepublik nicht gibt. Die Gewerkschaften werden diesen Raum brauchen. Denn gerade sie können nicht, wie Andre Gorz in seiner „Kritik der ökonomischen Vernunft“ schreibt, im Namen eines kurzfristigen „Realismus einer Auseinandersetzung um die zukünftige Gesellschaft aus dem Wege gehen“. Denn in ihrem Einsatz für eine bessere Gegenwart ist immer auch ein Bild dessen enthalten, was für die Zukunft angestrebt wird.

Die Geschichte, schreibt Gorz, kann „Chancen einer größeren Freiheit in unsere Reichweite stellen“, aber sie kann „uns nicht davon dispensieren, diese Chancen auch emanzipatorisch zu nutzen“. Darum geht es auch bei der Akademie: einen diskursiven Raum zu schaffen, in dem nach den emanzipatorischen Chancen der Gegenwart gesucht werden kann - nicht im Sinne weltfremder Utopien und neu aufgelegter Beglückungsideologien, sondern als wissenschaftlich genaue, aber auch politisch kontroverse Auseinandersetzung mit den sozialen und politischen Realitäten. Die Alternative zu einer derartigen Suche nach den positiven Gestaltungsmöglichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Engagements wäre, so Gorz, den in der Gesellschaft wir-

kenden destruktiven Kräften mit allen Folgen der Gewaltsamkeit, der Zerstörung von Freiheit und Humanität freien Lauf zu lassen.

Gorz formulierte diese Gedanken vor der Zeitenwende 1989: Bevor die Menschen in Berlin freudetrunken auf der Mauer tanzten und ihrer neuen Freiheit zujubelten, bevor das System des sich selbst „Realer Sozialismus“ nennenden Unterdrückungs- und Bespitzelungsstaates in ganz Europa in Scherben fiel, und bevor sich die politische Befreiung für Millionen Menschen in Osteuropa mit sozialer Verelendung und politischer Orientierungslosigkeit verband. Dennoch bleiben Gorz' Worte auch nach der Wende gültig, denn er hat die Kraft zur Freiheit, zur sozialen Befreiung immer im bestehenden westlichen Gesellschaftstyp gesucht und sie nicht (nicht einmal potentiell, wie viele andere Linksintellektuelle) der spätstalinistischen Parteiherrschaft jenseits des Eisernen Vorhangs zugeschrieben.

Die Perspektiven einer freiheitlichen, sozialen und ökologischen Reformpolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen, und zwar weltweit - dies ist die Aufgabe emanzipatorischer Politik heute, und dies sollte auch eine der Aufgaben einer „kritischen gewerkschaftlichen Akademie“ sein. Denn auch gewerkschaftliche Zukunftspolitik kann nicht ein für allemal festgelegt, sondern muß gerade in Zeiten des radikal beschleunigten Wandels immer wieder neu erarbeitet und formuliert werden. Die folgenden „Zehn Gründe für eine kritische gewerkschaftliche Akademie“ fußen größtenteils auf Diskussionen innerhalb des „Arbeitskreises kritische gewerkschaftliche Akademie“ und auf Gesprächen mit einzelnen Personen aus Gewerkschaften und Wissenschaft, die im Rahmen des Projekts „Gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion und kritische Öffentlichkeit - Untersuchungen über Voraussetzungen und Wirkungsmöglichkeiten einer kritischen gewerkschaftlichen Akademie“ geführt wurden.

1. Grund: Die Zukunftsdiskussion muß weitergeführt werden

Seit Mitte der sechziger Jahre haben die Gewerkschaften, aber auch die politischen Parteien, eine intensive Diskussion über die Zukunftsperspektiven der westdeutschen/westlichen Gesellschaft geführt und versucht, ihre eigene Rolle in den beschleunigten wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandlungsprozessen neu zu definieren. Den Gewerkschaften ging es dabei einerseits um die Überprüfung alter gewerkschaftlicher Positionen und auch Strukturen, andererseits um die Modernisierung und Erweiterung gewerkschaftlicher Handlungsaufträge und -möglichkeiten. Die Stichworte waren: Ökologisierung, Individualisierung, Internationalisierung. Mit einem erweiterten Verständnis der globalen und gesamtgesellschaftlichen Problemlagen sollte versucht werden, die relative soziale Isolation der Gewerkschaften gegenüber der übrigen Gesellschaft, insbesondere gegenüber den „modernen Arbeitnehmern“, den Frauen, dem politisch in den „neuen sozialen Bewegungen“ engagierten Teil der abhängig beschäftigten Bevölkerung zu überwinden. Dies war und ist um so notwendiger, als die Gewerkschaften in den

modernen Bereichen der Industrie ein nicht mehr zu übersehendes Organisationsdefizit haben, während sie in den traditionellen, tendentiell schrumpfenden Bereichen vielfach hochorganisiert sind.

Erste Resümees der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion liegen vor:

- in den „Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen Reform“, mit denen der Zyklus von Zukunftskonferenzen 1988 abgeschlossen wurde;
- in dem breit angelegten Diskussionsprozeß des DGB unter dem Stichwort „Jenseits der Beschlußlage“ und den in diesen Rahmen gestellten programmatischen Reden des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer;
- in dem auf beispielhafte praktische Umsetzung gerichteten Diskussionsprozeß der ÖTV über „Zukunft durch Öffentliche Dienste“;
- in dem Grundsatzpapier der IG Chemie, Papier, Keramik „Einig im Ziel - unser Weg einer demokratischen und sozialen Gewerkschaftsstrategie“ aus dem Jahr 1989;
- in dem sogenannten „Strategieprozeß“ der HBV, der sich bislang wesentlich auf die Veränderung der innergewerkschaftlichen Verkehrsformen, auf die Kommunikations- und Problemlösungsfähigkeit gewerkschaftlicher Strukturen richtet.

Weitgehende Einigkeit besteht in der Überzeugung, daß die Gewerkschaften sich sowohl programmatisch als auch organisationspolitisch erneuern müssen, wenn sie zukunftsfähig bleiben wollen. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß all diese Diskussionsprozesse noch nicht zuende geführt sind und jeweils nur einen Teilaspekt dessen ausmachen, was eigentlich an gesellschafts- und gewerkschaftspolitischer Reformdiskussion notwendig wäre. Zwar haben die Gewerkschaften - um nur ein Beispiel zu nennen - programmatisch inzwischen den angeblichen Gegensatz von arbeitsplatzbezogenen sozialen und ökologischen Interessen zugunsten einer Integration beider Ziele in einem „qualitativen Wachstum“ überwunden. Und es gibt vielfältige Versuche, ökologische Interessen in die Betriebe hineinzutragen. Aber ein ökologisches Profil haben sich die Gewerkschaften als Ganzes noch nicht erarbeiten können. Ähnliches gilt für die Geschlechterproblematik: Wie eine an wirklicher sozialer Gleichberechtigung von Frauen und Männern orientierte Gewerkschaftspolitik aussehen müßte, die den Anspruch nach gleicher Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern zu einem Teil ihres Anliegens macht, ist nach wie vor unklar.

Die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion ist nicht zuende geführt, weil sie quer zur organisationspolitischen Routine steht, weil die praktische Veränderung unendlich schwerer ist als die programmatische, weil sie auf ein soziales Aktivitätspotential zielt, das zu einem Gutteil erst noch gewonnen werden muß - vor allem aber, weil sie durch die deutsche Einheit und ihre Folgen gewissermaßen auf halbem Wege unterbrochen worden ist. Sie muß wieder aufgenommen und weitergeführt werden, allerdings unter den neuen Bedingungen nach dem 9. November. Dies ist unter dem enorm gestiegenen Druck der gewerkschaftlichen Tagesarbeit kaum möglich. Die Gewerkschaften brau-

chen hierzu einen Freiraum: eine „Kritische Gewerkschaftliche Akademie“, die dem notwendigen, auf Kontinuität angelegten Diskussionsprozeß um Modernisierung und gewerkschaftliche Zukunftsbewältigung einen bisher nicht vorhandenen, institutionell gesicherten, ständigen Raum gibt.

2. Grund: Der politische Orientierungsbedarf nach dem 9. November 1989 ist nicht gedeckt

Die bundesdeutsche Gesellschaft vor 1989 war in ihrem kulturellen und sozialen Zuschnitt eindeutig westlich orientiert. Und auch die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion war bezogen auf einen „westlichen“ Kontext. Sie bezog ihre Impulse aus der Suche nach Reformperspektiven der westdeutschen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die als hochdifferenzierte, moderne Leistungsgesellschaft ihre soziale Problematik weitgehend an die Ränder gedrängt, die einen großen Teil der Alten, der Frauen, der ausländischen Bevölkerung, der schlecht Ausgebildeten oder aus anderen Gründen weniger Leistungsfähigen marginalisiert und der staatlichen Sozialfürsorge überantwortet hat. Eine Gefahr größerer sozialer oder politischer Verwerfungen ging von diesen Rändern nicht aus. Zwar wurde die Zwei-Drittel-Gesellschaft im gesellschaftskritischen Diskurs immer wieder als Gefahr beschworen, aber real handelte es sich schlimmstenfalls um eine Vier-Fünftel-Gesellschaft mit weitgehend verborgenen Problemzonen. Auch die Gewerkschaften haben zwar immer soziale Verantwortung für die „Schwachen“ für sich reklamiert, aber mit dem Schwerpunkt ihrer Interessenpolitik und ihrer strategischen Optionen konzentrierten sie sich auf ihre Stammklientel und die neuen Arbeitnehmerschichten. Die letzteren waren auch die bevorzugte Zielgruppe bei der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion der achtziger Jahre.

Seit dem 9. November ist alles anders. Plötzlich waren die Gewerkschaften gezwungen, mit äußerster Anspannung ihrer organisatorischen und finanziellen Kraft zunächst einmal ihren institutionellen Aufbau in den neuen Ländern voranzutreiben. Gleichzeitig stellte sie der Zusammenbruch weiterer Bereiche der ostdeutschen Industrie vor schier unlösbare Aufgaben. Soziale Interessenvertretung in Ostdeutschland hatte nichts mit der aus Westdeutschland gewohnten gewerkschaftlichen Arbeit zu tun. Viele Betriebe sind nur dank des Engagements von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gerettet worden. Plötzlich gibt es Massenarbeitslosigkeit in Deutschland — in manchen Regionen weit über 50 Prozent. Co-Management, Strukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik waren und sind die unmittelbaren Hauptaufgaben in Ostdeutschland, während sich die Bedingungen gewerkschaftlicher Interessenpolitik in Westdeutschland gleichzeitig verschlechtert haben.

Die Gewerkschaften sind von allen gesellschaftlichen Gruppierungen am direktesten mit der Aufgabe konfrontiert, in ihrem unmittelbaren Organisationsbereich einen solidarischen politischen Zusammenhang zwischen zwei sozial und kulturell unterschiedlichen Gesellschaften herzustellen. Und das ist nur die nationale Dimension des Problems. Der Wegfall des Eisernen Vor-

hangs zwischen Ost und West, der Zusammenbruch des Realsozialismus hat Europa wieder zusammengefügt. Deutschland steht nicht nur geographisch im Zentrum dieses Weltereignisses: Es ist das erste Ziel der osteuropäischen Migration und muß darauf gegenüber der europäischen Welt und gegenüber der eigenen Bevölkerung eine politische Antwort geben. Eine humane Antwort wird es nicht durch neue Grenzziehungen geben, aber auch nicht durch idealistisches Ausblenden der realen Interessenkonflikte und Ängste der Bevölkerung. Die nationalen und internationalen sozialen Verwerfungen infolge der osteuropäischen Umwälzungen werden im Westen vielfach als Bedrohung für westlichen Lebensstandard und westliche Lebensformen empfunden, als Gefahr für den sozialen Besitzstand, aber auch für all die demokratischen Qualitäten, die mit dem Stichwort „zivile Gesellschaft“ gemeint sind.

Der 9. November ist Ausgangsdatum für eine tiefgreifende politische Verunsicherung bei gleichzeitig radikal gestiegenem politischen Handlungsdruck - nicht nur für die Gewerkschaften und die demokratischen Parteien quer durchs ganze Spektrum, sondern auch für alle Teile der Bevölkerung in West und Ost. Dieser Verunsicherung kann nicht mit schnellen politischen Rezepten begegnet werden. Das fixe Verkünden neuer politischer Perspektiven und Glaubenssätze verbietet sich nach dem Zusammenbruch des dogmatischen Sozialismus aller Schattierungen von selbst. Eine Akademie sollte dieser Verunsicherung einen Raum geben. Es fehlt ein Ort, wo Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschafter in der Diskussion mit Menschen aus der Wissenschaft, aus Ost- und Westdeutschland, Ost- und Westeuropa nach neuen Orientierungen in einer radikal veränderten Welt suchen können.

3. Grund: Die „soziale Frage“ stellt sich in neuer Brisanz und verlangt vor allem von den Gewerkschaften neue Antworten

Eines aber ist schon heute klar: die weltpolitischen Umbrüche haben die soziale Frage national und international wieder ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Dies gilt nicht nur in dem Sinne einer Zuspitzung sozialen Elends in allen Teilen der Welt, insbesondere in jenen Regionen, die nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus unmittelbar in die Weltmarktkonkurrenz einbezogen wurden. Es gilt auch in dem Sinne, daß die Überlebensprobleme der Menschheit nicht gelöst werden können, wenn sie nicht als gesellschaftliche, als soziale Probleme angegangen werden. Schon die Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung weisen darauf hin, daß zum Beispiel ökologische Sensibilisierung durch massenhafte Arbeitslosigkeit konterkariert, ökologische Politik durch soziales Elend behindert wird.

Auch die Abholzung des Regenwalds, die Klimakatastrophe und der saure Regen sind Bestandteil der weltweiten „sozialen Frage“. Auch die Forderung nach einer ökologischen Verkehrspolitik wird sich nicht durchsetzen können, wenn die sozialen Dimensionen des Individualverkehrs nicht gleichzeitig reflektiert werden. Weitere Beispiele ließen sich mühelos aufreihen.

Nach dem 9. November hat sich die „soziale Frage“ auch in der ehemals „ersten Welt“ und damit auch in der Bundesrepublik mit größter Dringlichkeit zurückgemeldet. Dies ist zunächst einmal eine Herausforderung an die Gewerkschaften. Denn ihre Mitglieder sind am Arbeitsplatz und im Wohnumfeld am ehesten davon betroffen, wenn die Armut des Ostens und des Südens zunehmend in die deutsche und westeuropäische Wohlstandsinsel einsickert. Die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften werden am ehesten von den ökonomischen Disparitäten in Deutschland und Europa beeinträchtigt. Sie sind als erste mit neuen Interessenkollisionen und Konkurrenzverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert und müssen unter schwierigsten Bedingungen ihre politische Optionen entwickeln.

Die „soziale Frage“ ist über ihre traditionelle Bedeutung hinausgewachsen, hat in Deutschland, in Europa und weltweit eine neue Aktualität und eine neue Dimension gewonnen. Das Bemühen um diese Dimension ist Voraussetzung für jede gewerkschaftliche und gesellschaftliche Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts. Für die Diskussion der „sozialen Frage“ in diesem weit gefaßten Sinne, in ihrer nationalen und weltweiten Dimension gibt es in der Bundesrepublik weder an den Universitäten noch im Umfeld der politisch-gesellschaftlichen Gruppen einen Ort. Die „soziale Frage“ in ihren neuen, erweiterten Dimensionen wird der entscheidende inhaltliche Bezugspunkt für zukünftige Gewerkschaftspolitik sein. Deshalb sollte sie im Mittelpunkt einer möglichen gewerkschaftlichen Akademie stehen. Hier können die Gewerkschaften ihre eigene Problemsicht schärfen und gleichzeitig im Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen eigene, geschichtlich gewachsene Kompetenz einbringen. Hier können sie öffentlichkeitswirksam eine spezifische Problemsicht gleichzeitig entwickeln und vortragen, die im postmodernen, neokonservativen Diskurs nahezu völlig ausgeblendet ist.

4. Grund: Neue gesellschaftliche Reformbündnisse sind nötig, aber entstehen nicht von selbst

Die Zukunftsdiskussion der achtziger Jahre hat die Öffnung zu anderen sozialen Gruppen, die Kooperation mit außergewerkschaftlichen Verbänden und Institutionen als wesentliche Voraussetzung zukünftiger gewerkschaftlicher Reform- und Modernisierungspolitik beschrieben. Den in relativer Isolation zur übrigen Gesellschaft agierenden Gewerkschaften ist es in den letzten Jahren zunehmend schwerer gefallen, ihre politischen Anliegen in der Öffentlichkeit transparent zu machen und sie politisch durchzusetzen. Denn es gibt neben der traditionellen sozialen Frage inzwischen eine große Anzahl anderer sozialer Anliegen, die nicht von den Gewerkschaften, sondern von außergewerkschaftlichen Gruppen und Bewegungen vertreten werden. Nicht die Gewerkschaften, sondern die „neuen sozialen Bewegungen“ der siebziger und achtziger Jahre haben mit ihren Themen die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik und in vielen anderen Ländern geprägt.

Gleichzeitig haben sich mit der Lockerung der traditionellen Beziehung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie die politischen Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften im parlamentarischen Raum verschlechtert. Mehr denn je sind die Gewerkschaften, wie sich gerade in der Tarif auseinandersetzung dieses Jahres zeigt, allein auf sich gestellt, das heißt auf ihre Fähigkeit, die Öffentlichkeit und die Mitglieder für ihre politischen und sozialen Anliegen zu gewinnen. Die Gewerkschaften werden, wenn sie in der Zukunft erfolgreich bleiben wollen, wieder verstärkt auf das Engagement ihrer Mitglieder zurückgreifen müssen. Und sie werden inhaltlich und institutionell das Bündnis mit anderen sozialen Gruppen und Interessen, beispielsweise mit den Kirchen, der Ökologiebewegung, der Frauenbewegung, der 3.-Welt-Bewegung suchen müssen. Die Zeiten gewerkschaftlicher Alleinvertretungsansprüche in bezug auf die unterschiedlichsten Lebensinteressen der Menschen, in bezug auf soziale Bewegung in Deutschland, sind schon lange vorbei. Aber die Gewerkschaften tun sich bis heute schwer, dies zu akzeptieren und gegenüber außergewerkschaftlichen sozialen Bewegungen und Gruppen einen kooperativen, auf gleichberechtigte Zusammenarbeit gerichteten Kommunikations- und Politikstil zu entwickeln.

Eine Akademie kann wie kaum eine andere Institution einen Raum bieten für eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen Gruppen im Sinne eines umfassenden Reformbündnisses unterschiedlicher sozialer und politischer Interessen. Hier können die Diskussions- und Austauschprozesse stattfinden, die nötig sind, bevor es zu unmittelbarer und konkreter politischer Kooperation der Organisationen kommen kann. Dazu ist allerdings der Verzicht aller Beteiligten, auch der Gewerkschaften, auf Führungsansprüche, einseitige Festlegungen und so weiter nötig. Die Akademie mit ihrer relativen Unabhängigkeit bietet auch dafür den nötigen Freiraum.

5. Grund: Der gleichberechtigte, demokratische Dialog ist Voraussetzung moderner sozialer Bewegung (und Arbeitsprinzip für die Akademie)

Eine Akademie ist ein Ort des Dialogs, der gleichberechtigten, freien, kontroversen Aussprache. Nur so kann sie eine lebendige Ausstrahlung entwickeln über die unmittelbar Beteiligten hinaus. Und nur so kann sie gleichzeitig Gemeinsamkeit stiften zwischen teilhabenden Personen und Gruppen. Eine der wesentlichen Erkenntnisse der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion bestand darin, daß die Innerorganisatorischen Kommunikations- und Politikstile, daß die fast ausschließliche Orientierung auf Gremienarbeit, vorgefertigte Beschlußlagen und hierarchische Strukturen der politischen Willensbildung heute nicht mehr in die Zeit passen. Weder mündige Mitglieder noch mündige Bürger außerhalb der Gewerkschaften lassen sich so zu Engagement und Mitarbeit gewinnen.

Moderne soziale Bewegung entsteht immer weniger aus unhinterfragter Organisationsloyalität. Das soziale Engagement der Zukunft wird aus der freien Überzeugung der Menschen leben, oder es wird nicht sein. Dies gilt vor

allem für die Schichten der „modernen Arbeitnehmer“ mit ausgeprägter Individualität und Selbstwertgefühl, die für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften entscheidend sind. Das zukünftige Bewegungsprinzip der Gewerkschaften wird dialogisch sein müssen, wenn sie die durchaus vorhandene Bereitschaft zu sozialem Engagement bei Mitgliedern und Noch-nicht-Mitgliedern wecken wollen. Diese Aussage ist verallgemeinerbar. Natürlich reicht es nicht, in einer Akademie Dialogbereitschaft zu zelebrieren, wenn die gesamte übrige Politik den traditionellen, heute weitgehend überholten Kommunikationsstilen folgt. Die gewerkschaftliche Politik insgesamt wird ein verändertes Verhältnis zwischen organisierter Struktur und individuellem Engagement suchen müssen. Aber eine Akademie, die nicht wie die politischen Apparate der Gewerkschaften unter unmittelbarem politischen Handlungsdruck steht, kann hier eine Pilotfunktion erfüllen, kann Dialoge anbahnen und entwickeln, kann soziale Netzwerke knüpfen helfen, die dann in konkrete gemeinsame politische Aktivität einmünden. Dabei kommt es gerade darauf an, daß die Akademie nicht außerhalb jedes innergewerkschaftlichen Kontextes angesiedelt ist, sondern sowohl von den Gewerkschaften selbst als auch von außergewerkschaftlichen Gruppen als Forum des Dialogs, des Austauschs, der Auseinandersetzung in Anspruch genommen wird.

6. Grund: Die Gewerkschaften sind in der Politischen Öffentlichkeit als zukunfts-gestaltende Kraft kaum präsent

Die Gewerkschaften gelten in der politischen Öffentlichkeit gemeinhin als rückständig. „Neue Heimat“, „verkrustete Strukturen“, „verantwortungslos und maßlos“, „Funktionär“, „unmodern und unflexibel“ - so unberechtigt und vorurteilsbeladen diese stereotypen Negativkennzeichnungen sein mögen: sie spiegeln wider, daß ein großer Teil der Bevölkerung und mehr noch der politischen Öffentlichkeit den Gewerkschaften einen kreativen Beitrag zur Bewältigung der zukunftsweisenden, drängenden Gegenwartsfragen nicht zutraut. Dieses dunkle Bild wird auch nicht durch zeitweilige Mobilisierungserfolge etwa bei den derzeit laufenden Tarif auseinandersetzungen aufgehellt, weil es sich hierbei um inhaltlich relativ eng begrenzte Interessenkonflikte handelt, in denen die Gewerkschaften von den Mitgliedern als legitime Vertretungsmacht wahrgenommen werden.

Aber gerade die Tarif auseinandersetzung '92 zeigt auch, daß die Vertretung unmittelbarer Mitgliederinteressen von großen Teilen der politischen Öffentlichkeit als eklatanter und verantwortungsloser Verstoß gegen langfristige gesamtgesellschaftliche Interessen denunziert wird. In sozialpolitischen Konfliktsituationen wie in diesem Jahr wird sich die politische Öffentlichkeit immer polarisieren, werden Teile der veröffentlichten Meinung immer auf antigewerkschaftliche Ressentiments zurückgreifen. Aber auch unabhängig von aktuellen Zuspitzungen ist ein eklatanter Niveauunterschied festzustellen zwischen dem bisher erreichten Stand der innergewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion und ihrer öffentlichen Rezeption. Soziale Zukunftsgestaltung ist als

Thema der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik eindeutig unterbelichtet, und die Gewerkschaften werden kaum als Organisationen wahrgenommen, die mit wegweisenden Diskussionen und Konzepten zu den brennendsten Fragen der Zeit in Erscheinung treten. Dies hat auch negative Rückwirkungen auf die Gewerkschaften selbst, auf die in jeder Massenorganisation vorhandene Neigung zur konzeptionellen Immobilität. Denn die innerorganisatorische Willensbildung von Massenorganisationen vollzieht sich heute immer weniger in den reglementierten Strukturen von Verbänden und Parteien, sondern immer mehr über das Einwirken der Öffentlichkeit, also über die öffentliche Diskussion und deren Darstellung in den Medien.

Die Akademie, zumal mit dem Standort Berlin als zukünftiger Hauptstadt, muß ein Ort öffentlicher Diskussion sein - ein Ort, den die Gewerkschaften bereitstellen, um den Diskurs über die wichtigsten Gegenwarts- und Zukunftsfragen der Gesellschaft zu führen. Mit der Akademie können sich die Gewerkschaften nicht nur eine Plattform der Selbstverständigung schaffen, sondern sich auch öffentlich als eine Organisation präsentieren, die mit anderen zusammen um die Zukunft von Demokratie und Sozialstaatlichkeit, von ökologischer Umgestaltung und internationaler Wohlfahrt ringt. Mit der Akademie können die Gewerkschaften einen Platz in der politischen Öffentlichkeit besetzen, der zur Zeit vakant ist. Dies ist eine Chance, sich zumindest dem beeinflussbaren, dialogfähigen Teil der politischen Öffentlichkeit jenseits der herrschenden antigewerkschaftlichen Ressentiments mit neuem Profil, neuen Denkanstößen anzubieten.

7. Grund: Die Beschleunigung des Wandels erfordert gesicherte Rahmenbedingungen für die permanente Zukunftsdiskussion

Alle Diskussionen über Zukunftsbewältigung, alle erarbeiteten Zukunftsentwürfe unterliegen einem Verschleißprozeß durch die Gegenwart, der um so schneller verläuft, je radikaler sich der Wandel beschleunigt. Dies ist gerade auch die Erfahrung mit den Zukunftsdiskussionen der Gewerkschaften Ende der achtziger Jahre. Der 9. November '89 hat diese Diskussionen zwar nicht überflüssig gemacht, aber nach diesem Datum konnten sie nur noch einen Teil sozialer Problematik abdecken — einen Teil zumal, der zumindest zeitweilig gegenüber den Problemen der deutschen Einheit, der osteuropäischen Umwälzung in den Hintergrund getreten ist.

Von vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern werden die Diskussionen um Ökologisierung und Internationalisierung gewerkschaftlicher Politik, um Individualität in der Arbeitswelt und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern angesichts der gewaltigen Probleme der deutschen Einheit als „hoffnungslos veraltet“ angesehen. Andere sehen darin einen Anlaß, die schon seinerzeit ungeliebte Zukunftsdiskussion nun wieder ad acta zu legen. Für viele bleibt unter dem extremen Handlungsdruck unmittelbarer politischer Anforderungen keine Möglichkeit zur weitergehenden Reflexion.

Aber selbst ohne die ostdeutsche und osteuropäische Umwälzung wäre es sinnvoll, einen Ort der permanenten Zukunftsdiskussion zu institutionalisieren. Denn einmalige Konferenzzyklen wie die der IG Metall können zweifellos wichtige Anstöße bringen und haben das auch getan. Aber sie unterliegen der Gefahr, daß nachher alles wieder in der vorherigen Organisationsroutine versinkt, daß sie als Auseinandersetzungsprozeß zu kurzfristig angelegt sind, daß auch das mit ihnen verbundene öffentliche Signal deswegen überhört wird, weil es nur ein einziges Mal ausgesandt wurde. Die Akademie wäre einerseits eine Institution der dauerhaften Neugier, der „permanenten und systematischen Verunsicherung“, der immer wieder auf der Höhe der Zeit erneuerten Zukunftsdiskussion. Andererseits wäre sie zweifellos auch ein Ort gegen das Vergessen, gegen die Verdrängung des bereits Erarbeiteten.

8. Grund: Eine Erneuerung von Gesellschaftskritik kann es nur auf heutigem Niveau geben

Der Zusammenbruch des spätstalinistischen Systems hat die Welt insgesamt freier gemacht. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß die neugewonnenen politischen Freiheiten in allen Regionen des ehemaligen Ostblocks von Dauer sein werden, daß sich der Einzug der privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft überall mit der politischen Form der parlamentarischen Demokratie verbindet. Wahrscheinlicher ist das Entstehen von autoritär-nationalistischen Diktaturen in vielen Ländern. Und schon jetzt ist sicher, daß die Einbeziehung des ehemaligen Ostblocks in die unmittelbare Weltmarktkonkurrenz Millionen von Menschen in langanhaltendes soziales Elend stürzen wird.

Das alte Ziel der Gewerkschaften, für alle Menschen ein Leben in Freiheit, sozialer Sicherheit und menschlicher Würde zu erstreiten, ist keineswegs eingelöst, sondern stellt sich nun weltweit in neuer Dringlichkeit. Es bedarf keiner großen Phantasie für die Prognose, daß es schon bald eine Erneuerung sozial verpflichteter Gesellschaftskritik geben wird - einer Gesellschaftskritik, die allerdings auf dem Niveau der historischen Erfahrungen erarbeitet werden muß. Der stalinistische, etatistisch-planwirtschaftliche Sozialismus in all seinen Varianten ist endgültig erledigt. Dies ist nicht nur für die Menschen in Osteuropa eine Befreiung. Es befreit die Menschen überall auf der Welt von der Fixierung auf die falschen Alternativen zum inzwischen weltweit herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Es eröffnet einer zukünftigen Gesellschaftskritik die Chance, neu zu denken und die soziale Problematik an den demokratischen, humanen, ökologischen Standards der Zeit zu messen. Dieser Prozeß der Neuformulierung gesellschaftskritischer politischer Theorie ist intellektuelle Zukunftsinvestition für die Gewerkschaften.

9. Grund: Die Verantwortung der Gewerkschaften für die politische Kultur in Deutschland

Die Gewerkschaften sind dafür verantwortlich, die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Gerade angesichts der absehbaren

sozialen Zuspitzungen in Deutschland und weltweit werden sie aber in eine größere gesamtgesellschaftliche Verantwortung hineinwachsen. Die können sie nur wahrnehmen, wenn sie sich aktiver als bisher an der Diskussion um die gesellschaftliche Zukunftsbewältigung beteiligen, wenn sie diese Diskussion ein Stück weit mehr an sich heranziehen. Eine sozialstaatliche, sozial-marktwirtschaftliche Auflösung der gesellschaftlichen Konflikte wird es ohne aktive und massive politische Einmischung der Gewerkschaften nicht geben.

Die Gewerkschaften haben auch eine „geistige Aufgabe“ zu erfüllen, insofern sie im Öffentlichen Raum Einfluß auf die politische Problemdefinition nehmen müssen. Dafür brauchen sie eine festere Verankerung im politisch-wissenschaftlichen Milieu der Bundesrepublik als bisher. Und sie brauchen die kritische Begleitung ihrer Aktivitäten durch die politische Öffentlichkeit nicht nur im aktuellen Tagesgeschäft, sondern auch bei ihren konzeptionellen Diskussionen.

Die Gewerkschaften haben im eigenen Interesse eine Verantwortung dafür, verschiedene politische Milieus zusammenzuführen und die Gemeinsamkeit im Dialog mit anderen Gruppen und Bewegungen zu suchen. Sie können dies nicht, wie bisher, allein den kirchlichen Akademien überlassen. Diese haben zwar große Verdienste für den öffentlichen Diskurs in der Bundesrepublik, aber letztlich folgen sie ihren eigenen Prioritäten. Schon jetzt kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Raum für gewerkschaftlich interessante Fragestellungen innerhalb der kirchlichen Akademien langfristig enger werden wird. Und die auf absehbare Zeit dringend notwendigen gesellschaftspolitischen Zukunftsdiskussionen werden in der erforderlichen Kontinuität weder in kirchlichen Akademien geführt werden können noch in ein- oder mehrmaligen Konferenzveranstaltungen der Gewerkschaften selbst. Eine „Kritische Gewerkschaftliche Akademie“ wäre ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften gewillt sind, ihre Verantwortung im Ringen um gesellschaftliche Zukunftsbewältigung ernst zu nehmen.

10. Grund: Eine Ortsbeschreibung

Es sollte ein altes Anwesen sein mit historischem Gemäuer und imponierendem Baumbestand, nicht nur ein Ort intellektueller Auseinandersetzung und Diskussion, sondern auch eine Stätte der Einkehr und Besinnung in den Wäldern rund um Berlin, möglichst am See gelegen - ein Ort mit klösterlicher Atmosphäre, der die Gäste einlädt, sich auf ihn einzulassen und ihren jeweiligen Alltag mit reflexivem Abstand zu betrachten. So könnte — jenseits von allem Inhaltlich-Programmatischen - das eine Bild von der „Wunschakademie“ gemalt werden. Der Akademie einen Identifizierbaren, unerwechselbaren und zur inneren Sammlung einladenden „Ort“ zu geben, ist das Anliegen jener, die sich stark an den bestehenden kirchlichen Akademien orientieren. Diese Akademie müßte, neben den Tagungsräumen, für die Gäste gut ausgestattete Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegung bieten. Zweifellos die teurere der möglichen Varianten.

Die andere Variante lehnt sich eher an das „Agentur-Prinzip“ an: die Aktivitäten der Akademie werden von einem Büro mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen in Kooperation mit gewerkschaftlichen und anderen Partnerinnen konzipiert und organisiert. Dieses Büro ohne eigenen Heimbetrieb sollte seinen Sitz im Großraum Berlin haben und kleinere Veranstaltungen in eigenen Räumen durchführen können. Ansonsten aber sollten die Veranstaltungen der Akademie an wechselnden Orten in unterschiedlichen gewerkschaftlichen oder nichtgewerkschaftlichen Einrichtungen stattfinden - je nach Thema und Möglichkeit. Diese zweifellos billigere Variante verzichtet auf die Identifizierbarkeit des Ortes, aber zeichnet sich unter Umständen durch größere Flexibilität aus.

Dies sind die beiden idealtypischen Alternativen für die konkrete institutionelle Ausgestaltung einer „Kritischen Gewerkschaftlichen Akademie“. Natürlich gibt es noch eine Reihe von Zwischenlösungen, in denen Elemente beider Alternativen miteinander kombiniert werden. Dem soll hier nicht näher nachgegangen werden. Denn für welche Variante man sich auch immer entscheidet: wichtiger als alle Organisationsmodelle ist der „Geist“, den die Akademie atmet. Über die äußere Ortsbeschreibung hinaus gibt es auch noch eine innere. Und über die kann heute schon Genaueres gesagt werden.

Die Akademie wird, wenn sie von den Gewerkschaften gewollt wird, eine sehr offene Stätte der Begegnung von Gewerkschafterinnen mit Menschen außerhalb der Gewerkschaft sein:

- mit Wissenschaftlern des In- und Auslandes;
- mit Vertretern aus den neuen sozialen Bewegungen, den Kirchen, den Bürgerbewegungen aus Ost und West;
- mit Gewerkschaftern und anderen sozial engagierten Menschen aus Ost- und Westeuropa, aus dem Norden und dem Süden,
- mit Vertretern aus den politischen Parteien und Verbänden, auch (natürlich) den Arbeitgeberverbänden,
- mit Menschen des Kulturbetriebes, der Stadtplanung und so weiter, jenen also, die das Leben der Menschen außerhalb der Arbeitsphäre gestalten,
- also mit all jenen, die in irgendeiner Weise sozial engagiert sind und sich über die Zukunftsfragen der Gesellschaft im Rahmen einer gewerkschaftlichen Akademie auseinandersetzen wollen.

Die Akademie wird, sollte sie entstehen, ein Ort der Freiheit und des Meinungsstreits sein, ein „Ort systematischer Verunsicherung“, ein Ort der Suche nach den humanen, demokratischen und sozialen Möglichkeiten gegenwärtiger und zukünftiger Gesellschaftsentwicklung. Sie wird ein demokratischer Ort sein, ohne den Anspruch der Meinungsführerschaft. Sie wird wahrscheinlich mehr Fragen aufwerfen als „richtige“ Antworten produzieren. Sie wird keine gewerkschaftliche Schulungsstätte sein, aber auch kein esoterischer Intellektuellenzirkel. Sie wird sich innerhalb der Gewerkschaften nicht bestimmten Gruppen, Lagern oder Fraktionen zuordnen, sondern freier, pluralistischer sein als es ihre jeweils einzelnen Träger sein können. Sie wird

engagiert im Sinne des gewerkschaftlichen Anliegens sein, aber nicht festgelegt auf bestimmte Lösungswege. Sie wird keine Rezepte liefern, sondern Anregungen, keine ausformulierten politischen Strategien, obwohl sie ihre Aufgabe auch darin sieht, jene zu Wort kommen zu lassen, die für sich Wege und Antworten gefunden haben.

Sie wird offen sein für Anregungen aus den Gewerkschaften, aber auch aus den Bürgerbewegungen und anderen sozial engagierten Gruppen. Sie will inhaltliche und persönliche Zusammenhänge stiften, wo es bisher Nebeneinander und Fremdheit gegeben hat. Sie wird sich als professionell arbeitender, geistiger Ort für Kongresse und Seminare anbieten, aber auch für das Bedürfnis einzelner nach Diskussion in einem kleinen, intimen Kreis. Von der repräsentativen, öffentlichkeitsorientierten Veranstaltung bis zum „Kamingespräch“ soll alles möglich sein.

Die Akademie soll und wird ein gewerkschaftlicher Ort sein. Aber er wird offen sein für die Welt außerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Damit wird sie selbst ein sichtbares Stück gewerkschaftlicher Reformpolitik sein, ein Ausweis und Instrument gewerkschaftlichen Erneuerungswillens im geographischen und politisch-sozialen Einzugsbereich der zukünftigen deutschen Hauptstadt.